



Tagesordnung Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 16. Juni 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0051

Organspendeausweise

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.5.2009 -

Um den ausdrücklichen Willen eines potenziellen Spenders einwandfrei erkennbar zu machen, sollten mehr Möglichkeiten und Wege geschaffen werden, Organspendeausweise auszustellen und mehr Menschen für das Thema gewonnen werden. Hierbei soll es primär um Aufklärung über die Selbstbestimmung gehen, damit die Bürger noch zu Lebzeiten eine bewusste Willenserklärung abgeben können.

Ein Organspendeausweis ermöglicht es, auszudrücken, ob man nach dem Tod mit einer Organentnahme einverstanden ist oder nicht einverstanden ist, oder ob man jemanden Dritten bevollmächtigen will, im Todesfall diese Entscheidung zu treffen.

Um mehr Menschen für die Organspende zu gewinnen, hat sich der Gesundheitsausschuss bereits am 27. Mai 2008 mit der Möglichkeit der Ausgabe von Organspendeausweisen im Bürgerbüro beschäftigt (Beschluss-Nr. 28). Über diese Beschlussfassung hinaus sollen weitere Anstrengungen unternommen werden.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird nunmehr gebeten

- Kontakt mit großen Wiesbadener Unternehmen aufzunehmen, um Möglichkeiten auszuloten, wie der Aufruf zur Organspende des Oberbürgermeisters Dr. Müller an die Mitarbeiter verteilt werden kann (z.B. durch den Versand mit der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung).
- Auch mit den in Wiesbaden ansässigen Banken ist zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, Kunden den Aufruf des Oberbürgermeisters zukommen zu lassen.

Beschluss Nr. 0038

Der Magistrat wird gebeten

- Kontakt mit großen Wiesbadener Unternehmen aufzunehmen, um Möglichkeiten auszuloten, wie der Aufruf zur Organspende des Oberbürgermeisters Dr. Müller an die Mitarbeiter verteilt werden kann (z.B. durch den Versand mit der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung).
- Auch mit den in Wiesbaden ansässigen Banken ist zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, Kunden den Aufruf des Oberbürgermeisters zukommen zu lassen.
- In den Ortsverwaltungen analog zur Regelung im Bürgerbüro zu verfahren.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2009

Abt
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2009

Dezernat VIII i.V. mit Dezernat VII und Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung zu Punkt 3
Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
zu den Punkten 1 und 2

Dr. Müller
Oberbürgermeister